

Inhalt

Dezember/Januar 2004/05

Vorwort	2
Termine	3-4
Protokoll MV 10.11.2004	5-7
MV OV Durlach - Ergebnis Vorstandswahl und Termine	7
Mitglieder des Vorstands - Dr. Hayang Ja Jung	7
Aktuelles aus der Gemeinderatsfraktion	8-9
Grüne StadträtInnen planen Sonnenhilfe	10
Bericht von der LDK in Bad Salgau am 23./24.10.04	11-13
Bericht von Christian von der LDK	14-16
Renate Rastätter zum Thema Ganztagschulen	16-17
Berichte von den Plenarsitzungen des Landtags	17-18
Aufnahmeantrag	19

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

dass ich einmal der Dienstälteste im Vorstand sein werde, hätte ich mir vor drei Jahren, als ich zum erstenmal in den Vorstand gewählt wurde, nie träumen lassen. Bevor ich auf mein eigentliches Vorwort eingehe, möchte ich mich noch bei Ulrike, Johannes und Christian für ihren gelungenen Einstieg bedanken. Ich darf den drei "Neuen" bescheinigen, dass die Arbeit mit ihnen viel Spaß und Freude bereitet.

Auf der November MV am 10.11.04 hatten wir Renate Rastätter zu Besuch. Neben ihren allgemeinen Informationen zur Arbeit in der Landtagsfraktion gab Renate noch einiges zur Bildungspolitik im Ländle preis.

Bildungspolitisch haben wir in Karlsruhe eine große Chance zur Veränderung. Im entstehenden Stadtteil *Südoststadt* soll eine neue Schule gebaut werden. Die Stadt Karlsruhe hat diese Schule beim Land als eine Grund- und Hauptschule deklariert. Die Bemühungen der GRÜNEN vor Ort sollten dahin gehen, dass diese Lehranstalt in eine integrative Gesamtschule umgewandelt wird. Aus diesem Anlaß wird der Kreisvorstand eine Initiative starten. Zusammen mit Renate, der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion und den schulpolitischen Sprechern und Sprecherinnen der übrigen Fraktionen im Karlsruher Rathaus werden wir zu einem "bildungspolitischen Tisch" bitten. Durch Veranstaltungen die sich alle mit Bildungspolitik beschäftigen werden, soll diese Angelegenheit Unterstützung erfahren.

Ich persönlich beschäftige mich zur Zeit mit einem Verkehrsprojekt. Kinder, die die Gartenschule besuchen, müssen aus westlicher Richtung kommend die viel befahrene, Tempo 50 erlaubte Karlstraße queren. Meine Forderung besteht im Wesentlichen darin, dass zumindest im Bereich der Gartenschule eine Verkehrsberuhigung auf Tempo 30 erlassen wird. Alternativ könnte ich mir in diesem Steckenabschnitt auch einen Zebrastreifen vorstellen. Von dieser Verkehrsmaßnahme würde nicht nur die Gartenschule sondern auch die Schüler und Schülerinnen des Goethe-Gymnasium profitieren.

Ein Ablehnungsgrund für eine Tempo 30 Zone könnte sein, dass die Karlstraße eine sog. Verbindungsstraße ist, die quaterverbindende Bedeutung hat und deswegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h nicht möglich ist. Es gibt aber genügend Beispiele im Land, in denen Ortschaften ihre Ortsdurchfahrten geschwindigkeitsreduziert geregelt haben. Als Beispiel nenne ich nur einmal Spielberg, Etzenrot oder Wolfartsweier. In Wolfartsweier ist es sogar eine Bundesstraße.

Diese, aber sicherlich auch viele andere Gründe sollten es für Einige von euch doch bestrebenswert machen, sich aktiv in die Kommunalpolitik einzumischen. Der Vorstand bietet Interessierten an auch mal in die Vorstandssitzungen zu kommen. Dort können wir dann alle gemeinsam überlegen und versuchen das Richtige für euch herauszufinden, wie man (frau) sich einbringen kann. Eine weitere gute Plattform für Kontaktaufnahme sind die monatlichen Mitgliederversammlungen. Ab und zu machen wir auch Veranstaltungen zu aktuellen Themen. Hier lohnt sich immer wieder einen Blick auf unsere Homepage, www.gruene-karlsruhe.de, zu werfen. Selbstverständlich würden wir Interessierte auch gerne in den e-mail Verteiler aufnehmen.

Gruß, Michael Borner

Herausgeber:	Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
Layout:	Michael Borner & Tanja Saini
Druck	Maier Typo & Litho GmbH, Karlsruhe
Auflage	260 Exemplare

*Gedruckt auf Umweltpapier
Titelbild by Tanja Saini*

Mitgliederversammlung jeden 2. Mittwoch im Monat um 20 Uhr im „Viktoriagarten“ - Viktoriastr. 7

Die Dezember MV ist am 15.12. --> 1 Woche Später !!!!!!!

- TOP 1 : Boris Palmer, MdL und OB-Kandidat aus Stuttgart berichtet
- TOP 2 : Finanzantrag 25- Jahre Karlsruher Grüne/ Fest
- TOP 3 : Delegiertenwahl zur LAG Frauen
- TOP 4: Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstands für 2003, Kreisverbands-Haushalt 2004
- TOP 5: Antrag auf finanzielle Unterstützung für Standort-Büro Obrigheim

Die Januar MV ist am 12.01.2005

- TOP 1 : Bürgerhaushalt/ Kommunalhaushalt allgemein/ Klaus Stapf
- TOP 2 : Finanzantrag "quarkxpress"/ Software
- TOP 3 : Aktuelle politische Debatte

- *Ihr wollt euren eigenen Themen auf der Mitgliederversammlung diskutieren?*
- *Ihr habt einen Vorschlag für ein Thema oder eine Referentin/einen Referenten?*
- *Ihr möchtet mehr in die Gestaltung der Mitgliederversammlung eingebunden sein?*

Schreibt doch einfach eine Mail an kv.karlsruhe@gruene.de oder kommt zur Vorstandssitzung. Schließlich ist es die Versammlung der Mitglieder!

Die GRÜNEN aus Karlsruhe und Umgebung laden herzlich ein!

Sa 18.12.2004 20.00 Uhr



Große 25-Jahr-Feier

zur Gründung der Grünen in und um Karlsruhe

Buntes Programm mit Gesprächsrunden, und Überraschungsgästen
Musik: „Joe Degado und Freunde“

Ort: Zieglersaal - Baumeisterstraße 18 - Karlsruhe

Neumitgliedertreffen – nicht nur für Neumitglieder

Sonntag, 5. Dezember um 10 Uhr

im Grünen Büro, **Sophienstr. 58**

Wir wollen ein Treffen organisieren, zum gegenseitiges Kennenlernen zwischen neuen Mitgliedern und dem Vorstand. Einige Vorstandsmitglieder werden dabei etwas über den Kreisverband, seine Ortsverbände und die Gemeinderatsfraktion erzählen – aber natürlich auch für Fragen jeder Art zur Organisation der Grünen zur Verfügung stehen.

Das ist aber nicht nur für Neumitglieder interessant, sondern auch für „Alte“, die sich stärker einbringen und erst recht für interessierte Nicht-Mitglieder, die einfach etwas mehr über die GRÜNEN erfahren wollen.

Wer noch Leute kennt, die daran vielleicht interessiert wären:

Bitte gebt diese Einladung an sie weiter!

Wir würden uns freuen, möglichst viele bei diesem Treffen begrüßen zu können.

Zur Hälfte ist sie um, die zweite Legislaturperiode unter Rot-Grün, die Schröder nach der Bundestagswahl „die zweite Chance“ genannt hatte. Können wir Grünen zufrieden und glücklich sein mit Agrar- und Energie- wende, Zuwanderungs- und Gentechnikgesetz, Gesundheitsreform und Agenda 2010, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik?
Und was können wir von den nächsten beiden Jahren erwarten?

Wir haben Winne Hermann gebeten, Bilanz zu ziehen, und freuen uns auf beides: Hintergründiges aus dem Bundestag aus erster Hand und Winnes bekannt kritische Distanz zum Geschehen. Wir möchten euch herzlich einladen zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit den Karlsruher Grünen:

Halbzeitbilanz: Diskussion mit Winne Hermann, MdB

Am Donnerstag, 9.12.04, 20.00 Uhr

**Im Nebenzimmer der Festhalle Durlach,
Kanzlerstr. 13, Durlach**

Wegbeschreibung: Vom Bahnhof Durlach in die Pfinztalstr. (die „Hauptstrasse“ mit Strassenbahntrasse), dann rechts in die Palmeienstrasse, an deren Ende die Festhalle zu sehen ist.

Protokoll MV 10.11.2004

Anwesend: 14 Personen, davon 12 Mitglieder

Leitung: Johannes Honné

Protokoll: Ulrike Maier

Top 1: Renate Rastätter berichtet aus der Landtagsfraktion

Nach Einschätzung von Renate steht das Geschehen im Landtag nicht so sehr im Mittelpunkt des Interesses wie z.B. pol. Ereignisse auf Bundes- und kommunaler Ebene, daher hält sie es für wichtig, auch zukünftig in regelmäßigen Abständen ein Gesamtbild der Fraktionsarbeit auf Landesebene zu vermitteln.

Zunächst ist die Fraktion 2001 mit nur 10 anstatt wie zuvor 19 Mitgliedern deutlich geschwächt in den Landtag eingezogen. Der Fraktionsvorsitzende Dieter Salomon musste die Fraktion wenig später verlassen, weil er in Freiburg für den Posten des OB kandidiert hatte und gewählt wurde. An seiner Stelle rückte Winfried Kretschmann nach, ein Grüner mit langjähriger parlamentarischer Erfahrung. Bereits vor 25 Jahren Fraktionsmitglied, ist er mit Ausnahme von zwei Legislaturperioden bis heute dabei. Auf Grund seiner Erfahrung auf parlamentarischer Ebene hat er ein sehr gutes Standing im Landtag und erntet für seine politische Arbeit viel Anerkennung.

Aufgrund ihrer geringeren Anzahl haben unsere 10 Grünen Fraktionsmitglieder jeweils größere Fachbereiche abzudecken und sind in mehreren Ausschüssen vertreten. Generell arbeiten sie sehr effizient und professionell und konnten sich innerhalb des Landtags trotz der zahlenmäßigen Schwächung gut profilieren. Fast alle kommen aus Ballungsgebieten oder größeren Städten, daher sind sie bemüht, auch in abgelegenen Regionen Präsenz zu zeigen und sind viel vor Ort unterwegs.

Die politischen Schwerpunkte konzentrieren sich im Wesentlichen auf

- **Ökologie/Umwelt/Verkehr**
- **Familienpolitik und**
- **Bildung/Wissenschaft**

Diese Kompetenzbereiche werden mit zahlreichen Initiativen in den Landtag und in die Basis gebracht. Hier werden wichtige Schwerpunkte gesetzt, um ein eigenständiges politisches Profil zu zeigen.

Ökologie/Umwelt/Verkehr

Im Vordergrund steht hier vor allem die Entwicklung alternativer Energien, der Klimaschutz und der langfristige Ausstieg aus der Kernenergie.

Die Verkehrspolitik fordert einen flächendeckenden Ausbau des ÖPNV, wobei eine Reduzierung des Flächenverbrauchs, der in Ba-Wü sehr hoch ist, angestrebt wird.

In den Bereich Ökologie- und Naturschutz fällt auch der Flächenschutz, der besonders im Hinblick auf die Erhaltung der Artenvielfalt wichtig ist. Biotope alleine gewähren keinen umfassenden und nachhaltigen Artenschutz.

Fraktionsmitglieder wie Walter Witzel (Energiepolitik), Boris Palmer (Verkehrs- und Müllentsorgung), Jürgen Walter (Landwirtschaft und Naturschutz) stehen dafür, dass die Grünen auf diesen Gebieten im Landtag unangefochtene Kompetenz zeigen

Die Ziele, die sich die CDU/FDP-geführte Regierung zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und im Bereich Umweltschutz gesetzt hat, wurden und werden nicht erreicht.

Familienpolitik

Hier steht der Ausbau der flächendeckenden Betreuungsangebote im Vordergrund. Die Fraktion hat für den Doppelhaushalt 2005/2006 einen Antrag gestellt, das Betreuungsangebot für unter dreijährige bis zum Jahr 2010 auf landesweit 20% zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eine finanzielle Größenordnung von ca. 100 Mio. Euro.

Im Bildungsbereich setzen sich die Grünen für Ganztagschulen ein, hier läuft Momentan eine aktuelle Debatte mit zwei Fraktionsanträgen. Die Investitionsmittel, die der Bund zur Verfügung stellt, betragen bundesweit 4 Milliarden Euro und sind für Ausbau und die Errichtung neuer Räumlichkeiten eingeplant. Für die Aufstockung der notwendigen Personalkosten ist das Land zuständig, bislang aber nicht bereit, die Kosten zu tragen. Hier hat die Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt.

Ein weiteres Projekt, das mit Nachdruck in die Basis gebracht werden muss, ist die 9-jährige Basisschule, bei der die Kinder bis zum Abschluss der 9. Klasse zusammenbleiben, einen allgemein bildenden Schulabschluss erwerben und anschließend einen weiterführenden Schulzweig besuchen können. Damit will man weg vom Auslesesystem, bei dem bereits für 9-jährige die Weichen für den späteren Bildungszugang gestellt werden. Durch den sehr frühen Übergang in die weiterführende Schule nach nur vier Grundschuljahren gibt in keinem anderen Land wie in Deutschland einen so eklatanten Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft des Kindes und seiner Möglichkeit, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Vor allem Migrantenkinder und Kinder aus sozial schwachen, bildungsfernen Familien werden in unserem Schulsystem massiv benachteiligt. Abgesehen davon, dass es sich in jedem Fall um eine menschliche Tragödie handelt, vernachlässigen wir ein Potential, das wir angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland dringend brauchen.

Mit einem an das Schulsystem der Skandinavischen Länder angelehnten Konzept plädieren die Grünen im Landtag für ein System mit heterogenen Klassen, in denen ein interdisziplinäres Team aus Lehrern, Sozialpädagogen und Schulpsychologen die Kinder individuell nach ihren Fähigkeiten fördert. Der Anteil der Kinder mit höherem Schulabschluss liegt z.B. in Finnland deutlich über dem in Deutschland, die Ergebnisse der Pisa-Studie sprechen ebenfalls für diesen Ansatz.

Was die Hochschulen angeht, so müssen diese finanziell besser gefördert, das Bildungsangebot insgesamt muss weiter ausgebaut werden, um ein nachhaltiges Qualitätsniveau zu sichern, das auch einem internationalen Vergleich standhält

Mit dem System der Credit-Points, das man auf dem LDK gegen den Willen der vor allem jüngeren Delegierten durchgesetzt hat, glaubt man, einen sinnvollen Ansatz gefunden zu haben. Doch auch in der Fraktion ist man sich klar darüber, dass dies nicht das Ende der Debatte zum Thema Studiengebühren sein wird.

Grundsätzlich ist es den Grünen gelungen, ihr Spektrum von der reinen Öko-Partei auf den Bildungsbereich auszudehnen. Die Presse berichtete dann auch nach dem LDK: „Grüne für Bildung und Ökologie“. Hier besteht eine große Chance, sich als Partei mit innovativen Lösungsansätzen einzubringen.

Was die Haushaltslage des Landes anbetrifft, so ist diese eher als katastrophal zu bezeichnen: Mit 3 Milliarden Schulden bei einem Gesamthaushalt von 30,9 Milliarden Euro geht die Landesregierung in den Doppelhaushalt 2005/2006. Eine Nettoneuverschuldung in dieser Größenordnung plus einer zusätzlichen Milliarde wird unumgänglich sein. Daher hat die Fraktion jetzt ein Konzept für einen alternativen Haushaltsplan vorgelegt, das einen Abbau der Schuldenaufnahme innerhalb von 10 Jahren zum Ziel hat. Die Einsparungen sollen im Wesentlichen durch Strukturreformen und Reorganisation von Aufgaben im öffentlichen Dienst erreicht werden. So hätte z.B. unser Vorschlag der Schulverwaltungsreform ein Einsparpotential von 10 Mio. Euro gebracht. Auch im jetzigen Schulwesen, das zersplittert ist und z.T. unwirtschaftliche Kleinstschulen beinhaltet, sieht die Fraktion eine der vielen Möglichkeiten, sinnvoll zu sparen und die eingesparten Mittel für die Verbesserung der Fördermöglichkeiten aller Schülerinnen und Schüler und für Ganztagschulen einzusetzen.

Während die SPD Anträge einbringt, deren Finanzierung nicht gesichert ist, legt die grüne Fraktion immer Wert auf Gegenfinanzierungsvorschläge. Dies ist mit ein Grund, warum sie sich auch als glaubhafte und seriöse Partei profiliert hat und ihre Vorschläge sehr ernst genommen werden. Der Regierungsfähigkeit steht demnach nichts im Wege – nur ist die Frage: mit wem?

Im Wahljahr 2006 wird sich erneut die Frage nach der Größe der programmatischen Schnittmengen stellen. Grundsätzlich ist laut Winfried Kretschmann zwar alles möglich, allerdings ist das Thema schwarz-grün jetzt erneut - auch vor dem Hintergrund des Stuttgarter OB-Wahlkampfes - abgeräumt worden und akut besteht gar kein Diskussionsbedarf.

Die mehr oder weniger indirekt abgegebene Wahlkampfempfehlung von Boris Palmer rechtfertigte dieser selbst glaubhaft mit Sachzwängen. Die Übereinstimmung seiner Wahlkampfziele mit denen von OB Schuster sei größer gewesen als mit denen von Ute Kumpf. Insgesamt wird diese Entscheidung jedoch nicht als Signal für einen Wechsel auf Landesebene betrachtet. Auch wird es 2006 auf Bundesebene einen Lagerwahlkampf geben, in dem über Mehrheiten von gelb/schwarz und rot/grün entschieden wird. Eine schwarz-grüne Koalition in Ba Wü wäre in diesem Zusammenhang kontraproduktiv.

Was die aktuelle Lage der anderen Parteien im Landtag sieht es folgendermaßen aus: Nach vielen Skandalen ist die FDP im Ländle in einem desolaten Zustand, voll auf die CDU fixiert, die wiederum zerstritten und blockiert ist. Die Grünen hatten hingegen auch bei den Europawahlen sehr gute Ergebnisse, was sie als Partei insgesamt stärkt und dazu beiträgt, dass sie auf allen Ebenen viel Zustimmung für ihre politische Arbeit erhalten. Das Motto für die nächsten Monate lautet demnach auch: Stimmenaktivierung in Baden-Württemberg. Für Karlsruhe bedeutet dieses Ziel, wieder zwei MdLs in den Landtag schicken zu können.

TOP 2

Wahl des Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum Landesfinanzrat
Einzigster Bewerber um das Amt des Delegierten: Johannes Honné
Einzigster Bewerber um das Amt des stellvertretenden Delegierten: Christian Brugger
Beide wurden einstimmig gewählt.

TOP 3

Wahl der beiden Rechnungsprüfer
Bewerber: Johannes Honné und Christian Brugger. Beide wurden einstimmig gewählt.

MV OV Durlach - Ergebnis Vorstandswahl:

Gerhard Stolz wurde als Kassierer, Wolfgang Semmler und Dietmar Maier als sonstiger Vorstand wiedergewählt. Heike Puzicha-Martz kandidierte als Ortschaftsrätin nicht mehr für den Vorstand (Trennung von Amt und Mandat). Als neues Vorstandsmitglied wurde Tanja Saini gewählt, so dass wir weiterhin einen vollständigen, vierköpfigen Vorstand haben, aber auch weiterhin die Frauenquote nicht halten können.

!! Nicht vergessen: Jahresabschlussfeier !!
Am Di 14.12. ab 19.30 Uhr im Tanburi, 2 Häuser neben dem Kranz

Mitglieder des Vorstands stellen sich vor

Mein Name ist **Dr. Hayang Ja Jung**, ich bin 61 Jahre alt.

Ich lebe schon seit 38 Jahren in Deutschland, gehöre also zu einer "neuen Sorte von Deutschen". Ursprünglich komme ich aus Südkorea und kam als junge Krankenschwester nach Frankfurt. Von der Frauenbewegung und der Studentenbewegung beflügelt, begann ich Mitte der 70er Jahre ein Medizinstudium in Heidelberg und wurde Ärztin. Nach dem Abschluss arbeitete ich als Assistenzärztin eine Zeitlang im Bereich Innere Medizin und Psychiatrie. Bevor ich nach Karlsruhe zog arbeitete ich elf Jahre in Heidelberg beim "Internationalen Frauenzentrum". Das ist eine bundesweit einmalige, von Migrantinnen selbst initiierte und verwaltete, anerkannte Schwangerschaftskonflikt-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle.



Mitglied der Grünen bin ich seit 1998.

Seit Bestehen des Wohnprojektes MiKa wohne ich in der Karlsruher Nordstadt. Hier habe ich eine Heimat gefunden, in der ich zugleich wachsen und sesshaft werden kann.

Seit Ende 2003 gehöre ich dem Vorstandsteam von Bündnis 90/Die Grünen in Karlsruhe an.

Meine Freunde nennen mich übrigens "Hun Jin".

AKTUELLES AUS DER KARLSRUHER GEMEINDERATSFRAKTION

Schon jetzt möchten wir Euch darauf hinweisen, dass die **Haushaltsberatungen** „vor der Tür stehen“. Am 7. Dezember wird der Oberbürgermeister den Entwurf des Doppelhaushalts 2005/2006 in den Gemeinderat einbringen. Am 1. Februar 2005 folgen die Haushaltsreden der einzelnen Fraktionen. Die eigentliche Beratung des Doppelhaushalts ist für den 1. bis 3. März 2005 vorgesehen. Ein wichtiger Termin ist außerdem der 03.02.2005: Bis dahin müssen wir unsere Anträge zum Doppelhaushalt eingebracht haben. Wer also Anregungen und Wünsche hat, muss sich rechtzeitig vorher bei der Fraktion melden.

Noch ein paar **grundsätzliche Anmerkungen** zum **städtischen Haushalt** und den **Einflussmöglichkeiten** des Gemeinderats auf die Mittelverwendung: Grundsätzlich hat der Gemeinderat die Etathoheit; er berät und beschließt über den Haushalt. Entsprechend wichtig werden die Doppelhaushaltsberatungen auch von allen Fraktionen genommen. Und entsprechend viel Zeit wird dafür aufgewendet: Zunächst muss der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf (der letztes Mal einen Umfang von 483 Seiten hatte) im Detail durchgegangen werden. Gleichzeitig werden erste Änderungsanträge formuliert. Zum Teil reagieren wir dabei auch auf Wünsche und Vorschläge, die von außen an uns herangetragen werden. Unser Ziel als Fraktion war es bisher immer, ein Paket aus Änderungsanträgen zu schnüren, das insgesamt ausgeglichen ist, d.h. Anträgen auf Mehrausgaben stehen Sparvorschläge mit entsprechendem Volumen gegenüber.

Heißt das: viel Arbeit, aber auch viel Einfluss auf die Verwendung städtischer Mittel? Letzteres nur bedingt: Sieht man sich die Haushaltsberatungen zum letzten Doppelhaushalt an, dann ist festzustellen, dass bei einem Gesamthaushaltsvolumen von ca. 1 Milliarde Euro in den mehrtägigen Beratungen nur ein Bruchteil des Haushaltsvolumens bewegt wurde. Besonders viel Herzblut wurde dabei in den Bereich der so genannten „Freiwilligen Leistungen“ hinein gesteckt, das sind die Mittel, mit denen z.B. Vereine, freie Kultureinrichtungen u.ä. unterstützt werden. Hier sind die einzelnen Posten detailliert aufgelistet, debattiert wird z.T. über 3 bis 4-stellige Beträge. Bei anderen Haushaltstiteln ist keine so feine Untergliederung gegeben, z.B. standen in den Jahren 2003 und 2004 insgesamt mehr als 25 Mio. Euro für den Erwerb von Grundstücken zur Verfügung - ein großer „Topf“, auf dessen tatsächliche Verwendung (wo werden welche Grundstücke zu welchen Preisen gekauft?) der Gemeinderat in den Haushaltsberatungen keinen direkten Einfluss nimmt. Natürlich gibt es auch etliche Bereiche, die als Pflichtaufgaben einer Beratung nicht wirklich zugänglich sind - dies gilt für viele soziale Leistungen. Enttäuschend für uns war bei früheren Haushaltsberatungen, wenn wir Anträge zwar durchsetzen konnten, die Umsetzung aber trotzdem nicht erfolgte. Das war bei kleineren Anträgen der Fall, indem die Verwaltung die Mittel einfach für ein anderes als das beantragte Projekt ausgab (unter dem Stichwort „gegenseitige Deckungsfähigkeit“). Das gab es aber auch in größerem Umfang, indem vom Gemeinderat bewilligte Lärmschutzmaßnahmen so lange nicht realisiert wurden, bis eine Mehrheit im Gemeinderat sie wieder „kassierte“. Festzustellen ist außerdem, dass auch im laufenden Jahr, außerhalb der Haushaltsberatungen, einiges an Mitteln bewegt wird. Da gibt es dann außer- und überplanmäßige Ausgaben, die häufig per „Offenlage“ genehmigt werden. Dieses Jahr gab es zusätzlich noch das vom Oberbürgermeister verkündete so genannte Investitionsprogramm: nachdem die Steuereinnahmen deutlich besser ausgefallen sind, als im Haushaltsplan angesetzt, war plötzlich „Luft“ da. Der Oberbürgermeister schnürte kurzerhand ein „Investitionsprogramm“ mit einem Volumen von 3,3 Mio und ließ sich die von ihm vorgeschlagene Mittelverwendung vom Hauptausschuss absegnen.

Nicht nur im Hinblick auf den Haushalt (s. Kasten), sondern auch bei anderen Entscheidungen muss der **Gemeinderat** gut aufpassen, wenn er seine **Einflussmöglichkeiten** wahren will. In letzter Zeit gab es mehrfach das Phänomen, dass vom Gemeinderat bzw. gemeinderätlichen Ausschüssen getroffene Beschlüsse von der Verwaltung wieder gekippt wurden.

Ein Beispiel ist die lange Debatte um die Umgestaltung des **Kirchplatzes St. Stephan**. Der Planungsausschuss hatte sich in mehreren Sitzungen darauf verständigt, dass hier ein konkurrierendes Entwurfsverfahren durchgeführt werden sollte. In einer weiteren Sitzung wurde dem Ausschuss mitgeteilt, dass das Bürgermeisteramt aus Kostengründen beschlossen habe, doch kein Entwurfsverfahren durchzuführen.

Als zweites aktuelles Beispiel kann die Debatte um die Platzierung des Kunstwerks von Jochen Gerz „**Platz der Grundrechte**“ genannt werden. Erst ließ man Kulturausschuss und Gemeinderat über die Standortfrage debattieren. Als Alternativen waren schließlich nur noch Schlossplatz und Marktplatz im Spiel. Nachträglich erfährt man nun, dass der Rondellplatz zum „Platz der Grundrechte“ werden soll?!

Und auch wenn der Jugendhilfeausschuss „zustimmend zur Kenntnis“ genommen hatte, dass in einem bestimmten Gebäude ein Kindergarten eingerichtet werden soll, heißt das noch lange nicht, dass es auch so kommt – schließlich kann die Verwaltungsspitze ein halbes Jahr später verkünden, dass sie sich nun doch gegen den geplanten Standort entschieden hat.

Erfreulicherweise zeigen aber auch diesbezüglich die neuen Mehrheiten und einige personelle Wechsel in

den Führungsetagen der Gemeinderatsfraktionen erste Ergebnisse: Das oft nassforschende Vorgehen der Ratshauspitze gegenüber dem Gemeinderat als Ganzes wird fraktionsübergreifend nicht mehr ohne weiteres hingenommen. Die GRÜNE Fraktion steht in dieser Hinsicht nicht mehr so alleine da; die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln hat zugenommen. So gab es in den letzten Wochen eine Reihe von Initiativen, an denen mehrere Fraktionen beteiligt waren, darunter auch zwei neue interfraktionelle Anträge (s.u.).

Neue Anträge und Anfragen

Die Grüne Fraktion hat auf der Grundlage einer Musterresolution der GAR (Kommunalpolitische Vereinigung, Grüne und Alternative in den Räten von Baden-Württemberg) einen Resolutionstext gegen die Eingriffe **der Landesregierung in die Kommunale Finanzmasse** vorgeschlagen, der nun von allen Fraktionen in den Gemeinderat eingebracht wird.

Beim Thema **Verwaltungsmodernisierung** drängen die Fraktionen auf eine bessere Einbindung. Der geplanten Umstrukturierung von Stadtplanungs-, Bauordnungs- und Gartenbauamt setzen SPD, GRÜNE und KAL einen Antrag entgegen, in dem die Stadtverwaltung aufgefordert wird, die Sinnhaftigkeit des Vorhabens zu begründen. Sowohl die geplante Herauslösung der Landschaftsplanung aus dem Gartenbauamt als auch die geplante Zusammenlegung von Bauordnungsamt und Stadtplanungsamt stoßen auf prinzipielle Bedenken.

Außerdem haben die drei genannten Fraktionen den OB in einem Brief um Informationen und ein Gespräch über die Schnittstellenproblematik zwischen Hochbauamt und Gebäudewirtschaft gebeten. Mit der Schaffung des neuen Amtes Gebäudewirtschaft war das Hochbauamt seinerzeit in seinen Zuständigkeiten stark geschwächt worden.

Mit dem - nun allein GRÜNEN - Antrag zum **Frauenförderplan** wird das Thema Gleichstellung in der Stadtverwaltung nach Jahren wieder grundsätzlich auf die Agenda des Gemeinderates gehoben. Denn es ist viel geschrieben, aber wenig von der Verwaltung umgesetzt worden. In der mittleren und oberen Führungsebene hat sich nichts verbessert. Die Verwaltungsreform hat, was Gleichstellung betrifft, im Karlsruher Rathaus noch gar nicht richtig angefangen; im Gegenteil, der Aufstieg in Führungspositionen ist für Frauen noch schwieriger geworden. In dem umfassenden Antrag werden in vielen Bereichen nun konkrete Zielvorgaben gefordert. Im Vorspann ist aufgelistet, wo die Verwaltung in den letzten Jahren ihren Umsetzungsauftrag nicht erfüllt hat.

(Alle Anträge und Anfragen sind wie immer zu finden unter:

<http://www.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/index.htm>)

Bei der Umsetzung der **Kombilösung** ist durch das von der Stadt gewählte Planungsprozedere zu befürchten, dass der Ausbau der Kriegsstraße hinten an gestellt wird oder ganz hinten runter fällt. Kernforderung eines GRÜNEN Antrags ist, dem Gemeinderat die Grundsatzentscheidung darüber zu überlassen, ob zuerst der Umbau der Kriegsstraße oder die U-Strab in der Kaiserstraße realisiert werden soll. Dabei favorisiert die Fraktion natürlich den Kriegsstraßenumbau.

Übrigens wächst die Unruhe im Einzelhandel der Innenstadt. Es rückt offenbar zunehmend ins Bewusstsein, dass man bald von zwei Seiten existenzgefährdend eingekeilt sein wird: vom ECE und den Pressluftämmern des Tunnel- und Haltestellenbaus für die U-Strab.

Zur **Aufwertung der Innenstadt** gehört zwingend die **Begrünung**. Neben der Ästhetik spielt hier auch die Verbesserung des Mikroklimas im Stadtzentrum eine wichtige Rolle. Die GRÜNE Fraktion fordert in einem Antrag die Begrünung nicht überbauter Grundstücke, mehr Bäume, konsequente Fassaden- und Dachbegrünung bis hin zu straßenübergreifenden begrünten Bögen. Die Stadtverwaltung soll für das Innenstadtkerngebiet ein entsprechendes Konzept erarbeiten und dem Gemeinderat vorstellen.

Die engagierte Arbeit des Behindertenbeirats ist in eine Anfrage zum Thema **Barrierefreiheit im ÖPNV** eingeflossen. Da hat sich viel getan. Aber z. B. am Marktplatz ist die Ebenerdigkeit der Bahn noch nicht hergestellt. Zeitnah und mit verhältnismäßig einfachen Mitteln ließe sich wenigstens eine Haltestelle mit ebenerdigem Ausstieg im Citybereich schaffen, sowie Umsteigemöglichkeiten am Mühlburger- und Durlacher Tor zu den Stadtbahnen. Die Anfrage soll klären, was die Stadt zum Thema vorhat und ob sie im Doppelhaushalt entsprechend Mittel einstellen wird.

GRÜNE STADTRÄTINNEN PLANEN SONNENHILFE

Vernetztes Denken ist seit Frederic Vester ein Schlagwort unzähliger Innovations- und Reformvorhaben – die Fraktionsmitglieder der Grünen im Karlsruher Stadtparlament füllen den Begriff mit Leben:

Anne (Segor) lenkte die Diskussion jüngst auf die unvermeidlich ungleich verteilten Aufsichtsratsgelder, die wir StadträtInnen für unsere Tätigkeiten in Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften erhalten. Durchschnittlich sind dies übrigens etwa 130 Euro pro Fraktionsmitglied und Monat brutto. Gisela (Splett) hatte die Idee, aus diesen Geldern soziale oder ökologische Projekte zu fördern. Und ich gehe schon lange mit dem Wunsch schwanger, eines der Highlights der Grünen Regierungsbeteiligung, das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz), zur Verbesserung des Klimaschutzes auch in Karlsruhe vermehrt zu nutzen.

Vermischt, vermengt und neu sortiert sind wir zu einem raffinierten Plan gekommen:

Wir finanzieren aus den Aufsichtsratsgeldern eine Solarstrom(Photovoltaik)anlage, deren Erträge wir jährlich einem sozialen Projekt in Karlsruhe überweisen.

Andreas (Ruthardt), Bettina (Lisbach) und ich haben uns dann zügig und konkret an die Realisierungsmöglichkeiten gemacht, dazu auch Fachleute konsultiert.

Herausgekommen ist Folgendes: von unseren Geldern lässt sich incl. Montage ca eine 1-kWp-Solaranlage finanzieren, die uns im sonnigen Karlsruhe 400 – 500 Euro Einspeisevergütung pro Jahr einbringen würde. Ein Dach haben wir in Aussicht. Als günstiges Betreibermodell wäre ein gemeinnütziger Verein zu gründen.

Die Fraktionsmitglieder fanden dieses Konzept vielversprechend: alle acht sind an Bord gegangen. Die Vereinsgründung steht an.

Jetzt zu Euch geneigten LeserInnen und Grünen FreundInnen:

1. Wir haben eine gute Mischung aus fest zugesagten Vorab- und laufenden Zahlungen, die uns einen Start mit ca 10.000 € ermöglicht. Je mehr Geld wir zur Verfügung haben, desto effektiver ist die Anlage zu finanzieren. Der Preis pro kWp nimmt nämlich mit jedem installierten kWp ab. Also: wer gerne ein öko-soziales Netz in Karlsruhe unterstützen will ... auch kleinere Summen helfen ...

2. Der Verein – die Satzung ist g'rade im Werden – soll natürlich offen sein, einige zusätzliche Interessierte haben wir schon begeistern können. Vielleicht auch Euch??? Die Gründungsversammlung ist am 20.12.2004 geplant (Details sind noch offen, Auskunft gerne auf Anfrage). Als Jahresbeitrag planen wir 50 Euro, soll ja nicht exklusiv werden.

Heißen soll der Verein übrigens ‚Sonnenhilfe‘ – womit sich der Kreis zur Überschrift schließt. Für noch bessere Namensideen sind wir natürlich offen ...

Wir planen die Anlage schon im Frühjahr 2005 in Betrieb zu nehmen – um schon vom nächsten Sommer zu profitieren. Wer hat noch Fragen? Oder will mitmachen?

Bis demnächst

Klaus Stapf
Tel. 0721/4094-296 (Büro) oder 0721/403235
MailTo: klausstapf@t-online.de

V.i.S.d.P. Dr. Gisela Splett, Hebelstr.13, 76133 Karlsruhe



Bericht von der LDK in Bad Salgau am 23./24.10.04

Eigentlich war das Wetter viel zu schön, um zwei Tage in einer abgedunkelten Halle zu verbringen. Dieser Meinung war auch der nette ältere Herr, der auf dem Hinweg neben mir herlief. Als er wenig später seinen Vortrag über erneuerbare Energien hielt, war mir klar, dass es Franz Alt war, der Träger des alternativen Nobelpreises... Dazu aber noch später.

Energie-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik

waren die Leitthemen der 18. LDK, die vom 22.-24.10.04 in Bad Saulgau stattfand. Die Karlsruher Delegierten waren: Christian Brugger, Michael Gast, David Hermanns, Ulrike Maier, Renate Rastätter und Carsten Schleh.

Der Vormittag begann mit den obligatorischen Begrüßungsreden und einem Vortrag des örtlichen Bürgermeisters über die Vorzüge des Standortes Bad Saulgau. Sehr schnell kamen die Redner politisch zur Sache. Thematisiert wurde in erster Linie die Stuttgarter OB-Wahl und Boris Palmers strategische Entscheidung, eine Wahlempfehlung für den amtierenden CDU-OB Schuster auszusprechen. Die grundsätzlich ablehnende Haltung der Grünen zu einer schwarz-grünen Koalition auf Landes- oder gar Bundesebene begründete Silvia Kotting-Uhl mit nicht vereinbaren Positionen z.B. beim Atomausstieg. Auch die Haltung der CDU zu Bildungsfragen im Schul- und Hochschulbereich sei so grundverschieden von den programmatischen Inhalten der Grünen, dass „die Libido dabei nicht in Schwung kommen könne“. So bleibt es denn bei dem einen Ausrutscher, den Boris Palmer dann auch noch einmal persönlich rechtfertigte: er habe immerhin Schuster einige Hektar Streuobstwiesen abgetrotzt und die Zusage, dass das Projekt 21 per Bürgerentscheid in die Bürgerschaft hineingetragen wird.

Dass eine Zusammenarbeit mit schwarzen und freien Wählern funktionieren kann, stellte Carsten Gabbert vor. In der Gemeinde Schuttertal führte er dieses Jahr einen erfolgreichen Wahlkampf und er ist mit 30 Jahren weit und breit der einzige grüne Bürgermeister im sprichwörtlichen Schwarzwald. Sein Gemeinderat besteht aus 8 CDU- und 7 Freien Wählern. Es gebe aber durchaus Gemeinsamkeiten, wenn es um kommunale Belange wie z.B. die Entwicklung des Tourismus gehe, habe er festgestellt und man sah ihm an, dass sein Job ihm wirklich Spaß macht.

Folgende Beschlüsse und Resolutionen wurden behandelt und mehrheitlich angenommen: Neue Energien braucht das Land

Forderungen: ! Keine Verlängerung der AKW-Laufzeiten (Atomkonsens!) ! Förderung regenerativer Energien ! nachhaltige Energiekonzepte umsetzen ! Energiesparmaßnahmen fördern (Altbausanierung)

Weg vom Öl- hin zu nachwachsenden Rohstoffen

Forderungen: ! Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen ! Entwicklung nachwachsender Energien wie Bio-raffinerie-Technologie als Wachstums- und Jobmotor nutzen ! Stärkung ländlicher Räume durch zusätzliche Wertschöpfung

Eine Schule für alle

Forderungen: ! Bessere Bildung und mehr Leistung mit der neunjährigen Basisschule ! Entwicklung Schulform übergreifender Bildungsstandards ! weg von der Selektion · Einbeziehung von Eltern in Erziehungspartnerschaften · Ausbau Ganztagschulen

Visionen für die Hochschulen

Forderungen: ! Verbesserung der Lehre, mehr lebenslanges Lernen ! Finanzreform, die staatliches Geld gezielt zur Verbesserung der Lehre einsetzt ! eigenständige Hochschulen, die Verantwortung wahrnehmen ! gestufte Studienabschlüsse gemäß Bologna-Prozess (Bachelor- und Masterstudium) · modularisiertes, auf Studiencredits aufbauendes Studiensystem

Reso Islamunterricht

Forderungen: ! Religionsunterricht in Übereinstimmung mit Grundgesetz ! Lehrplanerstellung nach einem „runden Tisch Islamunterricht“ ! Einrichten von neuen Studiengängen an PH's und Universitäten für die Ausbildung von LehrerInnen

Reso Hochschulfinanzierung

Forderungen: ! Aufforderung an das Land, Bildungszuschüsse vom Bund für die Bildung und nicht anderweitig zu verwenden ! Aufforderung an die Landesregierung, unzumutbare Kürzungen an Hochschulen zurückzunehmen

Arbeitsgesellschaft neu gestalten

Forderungen: ! Unterstützung bei der Ausgestaltung von Hartz IV aber auch Korrekturen, z.B. bei der Anrechnung der Altersvorsorge ! Fortführung der kommunalen Integrationsangebote für Langzeitarbeitslose in der Übergangsphase ! Verzicht der BA auf die umstrittene Ausschreibungs- und Vergabepaxis ! Aufforderung an die Landesregierung, den Kommunen zustehende Mittel zur Verfügung zu stellen ! Aufbau eines „ehrlichen“ zweiten Arbeitsmarktes (Gemeinwesenarbeit, Direktvermarktung und Verbreitung gesunder Lebensmittel, sanfter Tourismus, Masterplan Fahrrad ! Ein-Euro-Jobs nur bei hohen Qualifizierungsanteilen, die einen Übertritt in den zweiten Arbeitsmarkt ermöglichen · Favorisierung von sozialversicherungspflichtigen Jobs, die Brücken in den 1. Arbeitsmarkt schlagen und eine Refinanzierungsquote von 60% haben ! Gründung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften ! „nicht-gewerbliche-Arbeitnehmerüberlassung ! Schnittstellen zur Jugendhilfe ! Förderung von lebenslangem Lernen und Ausbau der Weiterbildungsangebote ! Öffnungsklauseln für öffentliches Tarifrecht ! Förderung von Innovation in allen Bereichen

Reso HartzIV

Forderungen: ! Aufforderung an die Landesregierung, den Länderanteil des Wohngeldes im Rahmen von Hartz IV wie vereinbart in voller Höhe an die Kommunen weiterzuleiten

Reso Rüstungsexporte

Forderungen: Festhalten an der Rüstungsexportrichtlinie der Bundesregierung und einer langfristigen und nachhaltigen Politik der Friedenssicherung ! Aufforderung an die Bundestagsfraktion, sich für mehr parlamentarische Informations- und Kontrollrechte einzusetzen.

Heftige Debatten gab es beim **Beschluss zur Satzungsänderung**. Der Antrag zu Satzungsänderung bezüglich Amt und Mandat wurde von der grünen Jugend, namentlich Simon Ding abgelehnt. Begründung: Er habe den Eindruck, dass dieses Thema so lange verhandelt werde, bis das Ergebnis dem Landesvorstand passt. Mit ganz knapper Mehrheit wurde die Nichtbefassung abgelehnt. Silvia Kotting-Uhl zog den Antrag daraufhin zurück, da es äußerst fraglich gewesen wäre, die erforderliche 2/3 Mehrheit zu erlangen – sie wollte damit einer mehrstündigen ergebnislosen Debatte vorgreifen. Ihre Entscheidung traf nicht bei allen Vorstandmitgliedern auf Zustimmung. Es soll anschließend noch zu heftigen vorstandsinternen Diskussionen gekommen sein – so war es jedenfalls der Presse zu entnehmen. Wir haben es bedauert, dass wir unseren Karlsruher Änderungsantrag nicht vorbringen konnten. Ich bin jedoch sicher, dass das nicht zum letzten Mal verhandelt wurde.

Über das Thema **Hochschulgebühren** wurde ebenfalls vehement debattiert, ging es doch hier um grundsätzliche Standpunkte zum Bildungszugang. Im Einzelnen:

Der Landesvorstand hatte beantragt, dass zwar das Grundstudium (Bachelor) frei bleiben solle, dass das sich daran anschließende Masterstudium jedoch mit einer Gebühr belegt werden soll. Diese Gebühren werden in Form eines Studien-Credit-Modells erhoben: ab dem Master-Studium beteiligt sich laut Beschluss die/der StudentIn mit jeweils 20 € an jedem Studiencredit, insgesamt bedeute das eine Eigenbeteiligung von 2000 - 2800 Euro für ein vollständiges zweijähriges Masterstudium, die aber erst nach Abschluss des Studiums gezahlt werden soll. Auf diese Weise solle der Wettbewerb unter den Unis gestärkt werden, ein Studium kann dann unterbrochen und erneut aufgenommen werden.

Argumente von Delegierten gegen Studiengebühren:

- Bachelorstudiengänge reichen nicht aus, um eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen. Besonders in den Naturwissenschaften ist man nach 6 Semestern nicht ausreichend qualifiziert – das gilt natürlich auch für einen großen Teil der Geisteswissenschaften
- Akademiker gehören nicht automatisch zu den besser Verdienenden und sind daher nicht uneingeschränkt in der Lage, Studiengebühren zurückzuzahlen
- Studiengebühren bedeuten eine weitere Selektion nach sozialen Gesichtspunkten
- Man darf den Staat nicht aus der Finanzierungsverantwortung entlassen
- Es dürfen nicht erneute Barrieren im Bildungssektor geschaffen werden
- Es besteht die latente Gefahr einer sukzessiven Erhöhung der Studiengebühren (wie z.B. in Australien)
- Bildung ist ein allgemeines Gut und sollte nicht mit Gebühren belegt werden

Argumente von Delegierten für Studiengebühren

- wir können es als Grüne nicht riskieren, dass man uns nachsage, die eigene Akademiker-Klientel, verschonen zu wollen
- mit einer kompletten Ablehnung der Gebühren würden wir uns aus der Diskussion entfernen – es ist jedoch wichtig, einen kompromissfähigen Standpunkt zu vertreten.

Der Antrag, der Studiengebühren ab dem Masterstudiengang vorsieht, wurde mehrheitlich angenommen.

Christian geht an anderer Stelle noch ausführlicher auf die Debatte ein. In diesem Zusammenhang kritisiert er auch Verfahrensfragen was gesetzte und freie Redezeiten anging und die eindeutig zum Nachteil der Antragsgegner ausfielen.

Einen interessanten Argumentationsaustausch gab es im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien zwischen Jürgen Hogrefe (ehem. Spiegel-Korrespondent), der seit kurzem den Unternehmensbereich Wissenschaft bei EnBW leitet Hans Josef-Fell, dem Forschungs- und Technologiepolitischen Sprecher der Landtagsfraktion. Hogrefe vertrat das definitive EnBW Bekenntnis zum Atomkonsens, machte jedoch deutlich, dass sein Unternehmen zwar für die Unterstützung der Grünen dankbar ist dass EnBW aber für alle Fraktionen zum Diskurs offen ist. Auf die Frage von Hans-Josef-Fell, wann EnBW endlich ausschließlich in erneuerbare Energien investieren würde, auch wenn dabei statt 15% nur 5% Gewinn herauspringen würden, antwortete Jürgen Hogrefe, dass sich EnBW das nicht erlauben könne: man müsse sich schließlich auf einem internationalen Kapitalmarkt behaupten und dürfe nicht Gefahr laufen, eines Tages ein Übernahmekandidat zu werden.

Es war ihm zum Schluss übrigens so wichtig, noch einmal zu sagen, dass EnBW nicht etwa nur mit den Grünen sympathisiert, sondern dass es EnBW stets um einen Sachkonsens geht, dass er extra noch einmal zurück auf die Bühne kam und riskierte, seinen Flieger zurück nach Berlin zu verpassen...

Bemerkenswert war der Vortrag von Franz Alt – dem Journalisten und Träger des alternativen Nobelpreises: in einer enthusiastischen Präsentation machte er klar, dass die Entwicklung erneuerbarer Energien niemals so wichtig war wie heute. Kriege um Öl – bald auch um Wasser – können nur vermieden werden, wenn wir erneuerbare Ressourcen nutzen und weiterentwickeln. Weitere Informationen findet ihr auf seiner Homepage: www.sonnenseite.com.

Alles in allem machte die LDK eines deutlich: Basisdemokratie hat einen hohen Stellenwert bei den Grünen. Dass dann auch mal ein Antrag abgelehnt wird, gehört dazu und wird vorläufig wenn auch zähneknirschend akzeptiert.

Viele werden nicht mit dem Beschluss zu Satzungsänderung und Hochschulgebühren einverstanden sein, hier besteht weiterhin Diskussionsbedarf in der Basis.

Die meisten programmatische Beschlüsse und Resolutionen wurden deutlich mehrheitlich angenommen und bilden jetzt erst einmal die Grundlage für unsere weitere politische Arbeit im Land.

Bericht von Christian zum Thema StudienCredits und dem Verfahren auf der LDK:

Ich sehe die LDK vom Standpunkt der Grünen Jugend mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Wir haben Präsenz gezeigt, indirekt die Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat verhindert und dafür gesorgt, dass die Studiengebühren überhaupt behandelt wurden. Leider ist dieser für uns sehr zentrale Punkt nicht gerade zu unserer Zufriedenheit verlaufen. Ich möchte daher noch ein paar Sätze darüber schreiben, weshalb die Grüne Jugend, die Grünen Hochschulgruppen und auch ein recht großer Teil der Bündnisgrünen Mitglieder Studiengebühren generell ablehnen und welche Probleme das StudienCredit-Modell in unseren Augen mit sich bringt.

Dieses Modell macht sich den Bologna-Prozess zunutze, durch den im Zuge der internationalen Vereinheitlichung der Studienabschlüsse bis spätestens 2009 alle unsere Studiengänge auf Bachelor und Master umgestellt werden sollen. Allerdings weiß leider noch niemand so genau, wie das denn überhaupt aussehen soll. Es ist unter anderem nicht geklärt ob es, wie beim Magister, möglich sein wird nicht nur ein einzelnes Fach zu studieren sondern vielleicht auch noch ein starkes Nebenfach zu haben, und auch nicht, was aus den Staatsexamen werden soll. Denn es wird kaum möglich sein, für medizinische Fächer einen qualifizierenden Bachelor anzubieten, wenn der eigentliche Abschluss für ÄrztInnen der Master ist. Gleiches gilt für Lehramt und Jura, man wird kaum eine halbausgebildete LehrerIn in den Schuldienst schicken.

In den naturwissenschaftlichen Fächern wird schon länger umgestellt, auch wenn sich viele Hochschulen (wie zum Beispiel auch die Uni Karlsruhe) noch dagegen wehren. Man kann allerdings schon jetzt sehen, dass in sehr vielen Fächern ein Bachelor von Arbeitgebern nicht als berufsqualifizierender Abschluss anerkannt wird. Das gilt vor allem für spezialisierte Fächer wie Meteorologie, und Geoökologie, in Fächern wie Chemie und Physik ist auch heute schon fast immer ein Doktorgrad Grundvoraussetzung für einen Arbeitsplatz.

In Fächern wie Mathematik, Informatik und vielen Geistes- und Sozialwissenschaften wird die Umstellung dazu führen müssen, die Ausbildung wirtschaftsorientierter und straffer zu gestalten, es wird abgerückt von einer breiten wissenschaftlichen Ausbildung.

Es ist zudem auch vorgesehen nur maximal 50 % eines Bachelor-Jahrgangs die Möglichkeit zu geben, einen Master zu machen und damit einen vernünftigen Abschluss zu bekommen.

Man kann hier also von einem unausgereiften und oft ungerechten System reden, vor allem aber ist es noch sehr realitätsfremd die Begriffe „Bachelor“ und „Erststudium“ gleichzusetzen.

Leider lässt zudem das StudienCredit-Modell unserer Landtagsfraktion noch ganz bewusst eine Vielzahl an weiteren Fragen offen.

Die Studierenden werden beim Bachelor zwar jeweils mit 30 % mehr „Credits“ ausgestattet als sie mindestens benötigen werden, was allerdings passiert wenn dieses Konto aufgrund von Krankheit, nicht bestandener Prüfung oder einem Begleitstudium aufgebraucht wird ist nicht geklärt. Ein Vorschlag war, den Studierenden dann die realen Kosten ihres Studiums aufzuladen. Gleiches gilt auch für den Master, dann kostet ein Credit plötzlich nicht mehr 0 Euro bzw. 20 Euro, sondern für einen Mediziner je nach Vorlesung auch mal 500 Euro.

Auch wurde großzügig übersehen, dass man vergessen hat, die Zinsen und Zinseszinsen, die während des Studiums anfallen, auch für die Rückzahlung einzurechnen.

Daher kostet ein Studium aufgrund der langen Laufzeit der Kredite nicht, wie im Antrag der LDK angegeben, 2000 bis 2800 Euro, sondern 3000 bis 3500 Euro, zumindest brutto.

Falsche Zahlen kommen aber auch durch eine weitere interessante Rechnung zustande: Dieter Dohmen, der Autor des Konzepts, hat für die Fraktion 2 Modelle berechnet. Beim Einen kostet der Kredit 15 Euro, beim anderen 25. Die Landtagsfraktion hat sich daraus dann ein eigenes Modell mit 20 Euro gebastelt, allerdings die Kosten aus dem 15 Euro Modell genommen und die Einnahmen aus dem mit 25.

Der erste Fehler wurde zwar schnell entdeckt und durch ein Beiblatt zum Modell erwähnt, die falschen Zahlen waren aber trotzdem in sämtlichen Veröffentlichungen, unter anderem auch dem LDK-Antrag.

Die tatsächlichen Einnahmen durch das Modell kann man getrost halbieren, auch aufgrund von Steuerausfällen des Bundes. Dadurch kommt man grob auf Einnahmen von ungefähr 30 Millionen pro Jahr, die Banken streichen aber noch zusätzliche 10 Millionen an Zinsen ein.

Auf die angebliche Lenkungswirkung der Credits möchte ich nicht mehr ausführlich eingehen, sie umzusetzen würde aber einen gewaltigen Überwachungsapparat benötigen und der Effekt ist trotzdem noch sehr umstritten.

Der einzige Vorteil, den ich diesem Modell zugestehen muss, ist die Berücksichtigung des Teilzeitstudiums. Fast kein anderes Modell stellt die Teilzeitstudierende so gut, auch wenn ihre Zinslast trotzdem noch deutlich höher ist als bei einem Vollzeitstudium.

Allerdings sind diese massiven Probleme des Modells nicht der Grund hat, wieso wir so vehement dagegen angekämpft haben und es noch immer tun.

Im Prinzip ist allen Beteiligten klar, dieses Modell wird so nie umgesetzt werden, das gibt auch die Landtagsfraktion offen zu. Es gibt keine Bündnispartner, die bei einer grünen Regierungsbeteiligung dieses Modell berücksichtigen würden. Ganz speziell auch, weil die CDU bis zur nächsten Wahl vollendete Tatsachen schaffen wird und das Thema Studiengebühren dann vorerst erledigt ist.

Man will mit diesem Modell ein Zeichen setzen und signalisieren, dass man prinzipiell Studiengebühren offen gegenüber steht und dies auch kein Tabu mehr sein darf.

Es geht in dieser Debatte auch nicht um eine Verbesserung der Hochschulen. Es ist völlig unbestritten, dass die Mehreinnahmen durch Studiengebühren in keinem Modell den Hochschulen zugute kommen werden sondern zum Stopfen von Haushaltslöchern genutzt werden sollen.

Das ist aber auch gar nicht so wichtig, denn wie man auch an der Argumentation von Michael Joukov (s. Ulrikes Bericht) merkt geht es nicht darum, den Studierenden oder Hochschulen etwas Gutes zu tun sondern viel mehr darum, im Zuge des allgemeinen Sozialabbaus die Studierenden nicht zu vergessen. Wenn man diese Gruppe verschont könnte ja der Eindruck entstehen, man belaste nur die sozial schwachen Wähler anderer Parteien und lässt das Grüne Klientel außen vor.

Die Debatte hängt sich also nicht an der Frage auf „Wieso Studiengebühren?“, es geht viel eher um ein „Wieso nicht?“.

Dass Studiengebühren sozial ungerecht sind und dass sie zu einer geringeren Zahl an Studienanfängern führen werden wird dabei gekonnt ignoriert. Es gibt schließlich genug Kinder reicher Eltern die sich das leisten können und sowieso, Kindergärten kosten ja schließlich auch Geld, wenn man bei der einen sozial schwachen Gruppe spart darf man ja die Anderen nicht vergessen.

Es ist natürlich völlig richtig, sehr viele Studierende könnten sich Studiengebühren locker leisten, reiche Eltern gibt es ganz speziell auch im Grünen Klientel mehr als genug. Unser Ziel sollte aber darin bestehen, sozial schwachen und bildungsfernen Schichten einen Zugang zum Studium zu ermöglichen und nicht bestehende Strukturen und den zunehmenden Hochschulabsolventenrückgang zu zementieren.

Konsens ist natürlich auch, dass nicht sein kann, dass Kindergärten Gebühren kosten während das Studium umsonst ist. Ich denke wir sind uns auch alle einig, dass es dringend notwendig ist, die Hochschulen zu reformieren, Abschlüsse zu vereinheitlichen und mehr Mitbestimmung für Studierende zu erreichen.

Diese Gruppen aber gegeneinander auszuspielen und gleichzeitig, in einem anderen Parlament zwar aber mit den gleichen Überlegungen, den Spitzensteuersatz zu senken halte ich aber für den falschen Weg. Bildung, vom Kindergarten bis zur Hochschule, ist eine staatliche Aufgabe und es ist die Aufgabe der Politik mithilfe eines guten Steuersystems dafür zu sorgen, dass sie allen Menschen offen steht. Das ist der richtige Weg, von Familien eine Eigenbeteiligung zu fordern, die es sich leisten können und diejenigen zu fördern, die das nicht können.

Da es sich hierbei ja eigentlich um einen LDK-Bericht handelt möchte ich noch abschließend ein paar Worte zum Verhalten des Landesvorstands und der Landtagsfraktion loswerden.

Bei der abschließenden Debatte um Studiengebühren, nachdem wir einer Verschiebung des Themas nicht zugestimmt haben und ein solcher Antrag auch von den Delegierten nicht angenommen wurde, kam bei Mitgliedern von LaVo und Fraktion sehr offensichtlich die Nervosität, man könnte bei diesem Punkt ebenfalls verlieren.

Das führte dann zu unserer Verwunderung dazu, dass bei einer Gesamtdauer von 28 Minuten Winfried Kretschmann plötzlich, ohne dass dies vorher bemerkt werden konnte, volle 10 Minuten Zeit hatte, in haltlosen Unterstellungen völlig am Thema vorbei den Studierenden Selbstgefälligkeit, Klientelpolitik bzw. Egoismus und Reformverweigerung vorzuwerfen. Ich finde es persönlich sehr schade, dass man sich aus Angst, man müsste zurücknehmen was man ein Jahr lang an der Partei vorbei in die Öffentlichkeit getragen hat, einer ehrlichen Debatte verweigert und zu solchen Mitteln greift.

Für unsere Seite kam dann noch das Lospech dazu (einer Aufteilung in Pro und Kontra wurde vorher nicht zugestimmt), so dass von diesen 28 Minuten nur 6 Minuten am Anfang die Gebührengegner zu Wort kamen und schließlich der Antrag für die Fraktion gewonnen war.



Die Grünen proudly present:

Pünktlich zur ersten Regionalkonferenz der UnionskandidatInnen für "The Day After Teufel" stellten Sylvia Kotting-Uhl und Andreas Braun, Landesvorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, die E-Card des grünen Landesverbandes zum Thema Nachfolgeduell vor: "Der aktuelle Publikumsrenner mit Alien Schavan und Predator Oettinger in den Hauptrollen: Das ist ganz großes Theater", applaudierten die grünen Landesvorsitzenden.

Kotting-Uhl und Braun: "Wer Kleinkrieg unter KandidatInnen für das Ministerpräsidentenamt für politisch richtungsweisend und stilvoll hält, ist bei Schavalien und Oettinger an der richtigen Adresse – für alle anderen haben wir die klaren Konzepte."

„Das Land muss den Ausbau der Ganztageschulen jetzt aktiv mitgestalten und seine finanzielle und pädagogische Verantwortung wahrnehmen!“

MdL Renate Rastätter, schulpolitische Sprecherin

Die Grünen im Landtag fordern den flächendeckenden Ausbau von Ganztageschulen. Die Konzentration der Landesregierung auf so genannte soziale Brennpunkte ist absolut ungenügend und entspricht nicht den derzeitigen Paradigmenwechsel von der traditionellen Halbtagschule zur Ganztagschule. Der Ausbau von Ganztagschulen ist aus bildungspolitischen, familienpolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen notwendig.

Bundesregierung legt vor

Angesichts des großen Nachholbedarfs begrüßen die Landtagsgrünen das „Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung. Von den insgesamt 4 Mrd. €, die der Bund den Ländern für den Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung stellt, erhält Baden-Württemberg von 2003 bis 2007 rund 528 Millionen €. Das ist viel Geld, das vor allem den Kommunen hilft, ihre Schulen zu ganztägig geöffneten Lern- und Lebensräumen auszubauen. Der Bund lässt den Ländern große Spielräume bei der Ausgestaltung des Programms. Er gibt aber eine klare Vorgabe: eine Schule kann nur dann gefördert werden, wenn ein pädagogisches Konzept für eine Ganztagschule vorliegt.

Offene Ganztageschulen im Land

Wir Grünen setzen uns für ein flächendeckendes Netz offener Ganztagschulen in Baden-Württemberg ein. Mit „offen“ ist vor allem gemeint, dass die Ganztagschulen zur Gesellschaft hin geöffnet sein sollen. Eine Ganztagschule soll als Haus des Lernens und Lebens gestaltet werden. Sie zeichnet sich aus durch vielfältige Kooperationen und die Einbeziehung von außerschulischen Lernorten. Gerade weil wir ein breit gefächertes Angebot außerschulischer Bildung in Deutschland haben, macht es Sinn, die außerschulischen Bildungsträger in die Gestaltung der Ganztagschulen einzubinden.

Für uns ist klar, dass die pädagogische und konzeptionelle Verantwortung der Ganztagschule beim Lehrerkollegium liegen muss. Wir wollen keine „Betreuung“ der Schülerinnen und Schüler, sondern vielfältige unterstützende und anregende, sowie qualitativ anspruchsvolle Angebote für alle Kinder, von den besonders förderbedürftigen bis zu den hoch Begabten.

Flächendeckend ausbauen

Es darf nicht sein, dass die Landesregierung sich weiterhin auf den Ausbau von Ganztagschulen an so genannten Brennpunkthauptschulen beschränkt. Sie muss sich endlich finanziell und pädagogisch am Ausbau aller Ganztagschulen beteiligen.

Bislang lässt die Kultusministerin die Kommunen hier völlig im Regen stehen. Und zwar in zweifacher Hinsicht: die Kommunen müssen sowohl die 10 % Eigenmittel an jeder Investitionsmaßnahme alleine tragen und sie erhalten keine Landesmittel für das pädagogische Personal an den Schulnachmittagen. Die Kommunen sind somit gezwungen, Elterngebühren für die Schulnachmittage zu erheben. Solche Gebühren werden von uns entschieden abgelehnt.

Mit Unterstützung des Landes

Die Grünen verlangen deshalb, dass die Landesregierung endlich ihre Verantwortung für die pädagogische Qualitätssicherung der Ganztagschulen übernimmt. Die Voraussetzung dafür ist die finanzielle Beteiligung des Landes sowohl an den Investitionskosten als auch am pädagogischen Personal. Wenn die Landesregierung von den 10 % Eigenmitteln, die der Bund für jede Investitionsmaßnahme zum Ausbau von Ganztagschulen vorsieht, 5 % übernimmt, entspricht dies 26 Mio Euro für die gesamte Programmdauer von 2003 bis 2007. Dadurch kann ein Anreiz zur Einrichtung von Ganztagschulen für diejenigen Kommunen gegeben werden, die finanziell große Probleme haben.

Noch wichtiger ist allerdings die Beteiligung des Landes an der Finanzierung des pädagogischen Personals. Hier sind zusätzliche Lehrerstunden, vor allem aber Lehrbeauftragtenmittel dringend erforderlich. Die große Chance, durch Kooperationen mit außerschulischen Bildungsträgern wie Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportverbänden und der außerschulischen Jugendbildung dauerhafte, verlässliche und pädagogisch anspruchsvolle Angebote für alle Schülerinnen und Schüler zu eröffnen, besteht nur, wenn diesen Partnern kostendeckende Stundensätze bezahlt werden können.

Berichte von den Plenarsitzungen des Landtags**15.11.2004**

Die Plenarsitzungen des Landtags von Baden-Württemberg am 10. und 11. November standen natürlich stark unter dem Einfluss der Nachfolgedebatte der CDU. Alle Augen waren auf die beiden Kontrahenten Günter Oettinger und Annette Schavan gerichtet. Der erste Tagesordnungspunkt am Mittwoch stand in direktem Zusammenhang mit diesen Ereignissen (s.u.).

Aber darüber hinaus gab es natürlich jede Menge weitere Themen und Anträge, die behandelt wurden. Wir möchten euch mit diesem InfoGrün direkt über einzelne Punkte der Plenartage näher informieren.

Ulrich Müller darf wieder

Vor wenigen Monaten noch aufs Altenteil befördert, wurde der ehemalige Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller zu Beginn der Plenarsitzung am Mittwoch, dem 10.11. von Erwin Teufel wieder ins Kabinett berufen. Er soll Christoph Palmer, der wegen einer Prügelei mit einem Parteifreund, zurücktreten musste, als Staatsminister und Minister für europäische Angelegenheiten nachfolgen. Als „wirr und peinlich“ bezeichnete Winfried Kretschmann die einsame und eigenmächtige Entscheidung des Noch-Ministerpräsidenten Erwin Teufel, den erklärten Schavan-Befürworter Ulrich Müller wieder in Amt und Würden zu verhelfen. Teufel, so Kretschmann, hätte viel mehr die Gelegenheit nutzen sollen und den reichlich überflüssigen Posten des Staatsministers einzusparen und die Zuständigkeiten neu zuzuordnen.

Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen

Während das Engagement von Personen in Baden-Württemberg groß geschrieben wird, ist das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen, von „corporate citizens“ im Land noch unterentwickelt. Brigitte Lösch hat das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und fordert das Land auf, hier Initiative zu ergreifen. Gerade die angelsächsischen Länder würden zeigen, welche Potenziale hier Brach lägen.

Ganztageschulen flächendeckend ausbauen

Auf Initiative der Grünen wurde ebenfalls am Mittwoch das Thema Ausbau der Ganztageschulen in Baden-Württemberg behandelt. Renate Rastätter warf Kultusministerin Schavan Blockadehaltung vor: Ganztageschulen dürften nicht auf soziale Brennpunkte beschränkt werden. Sie forderte ein flächendeckendes Angebot bis zum Jahr 2007. das Land dürfe ferner die Kommunen bei den entstehenden Kosten nicht im Regen stehen lassen, sondern müsse ihrer finanziellen und pädagogischen Verantwortung gerecht werden.

Hochschulgesetz eingebracht

Danach stand das Landeshochschulgesetz auf der Tagesordnung, das 2005 in Kraft treten soll. Die Strukturen an den Hochschulen sollen neu geregelt, mehr Wettbewerb soll zugelassen werden. Theresia Bauer bestärkte die Befürchtungen der Hochschulen im Land, dass mit den neuen Strukturen das Land stärker in die einzelnen Hochschulen hineinregieren wird und forderte einen landesweiten Struktur- und Entwicklungsplan, an dem sich die Hochschulen orientieren könnten.

Eigenheimzulage streichen – in Bildung investieren

Auf Antrag der CDU debattierte der Landtag am Donnerstag, den 11. November über die Absicht der Bundesregierung, die Eigenheimzulage zu streichen und das freiwerdende Geld in Bildung und Forschung zu investieren. Der frischgebackene Innenminister Rech (CDU) verstieg sich in die Behauptung, rot-grün wolle keine Eigentümer; das sei die Ideologie. Die FDP, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit sämtliche Subventionen streichen will, entdeckt die Eigenheimzulage nun plötzlich als die einzige Möglichkeit für viele Familien, auch in Zukunft Wohneigentum zu bilden. Auch die SPD traut sich bei diesem geballten Widerstand nicht, dagegen zu halten und plädiert für die Beibehaltung der Eigenheimzulage. Walter Witzel und Winfried Kretschmann begründen die Absicht der Bundesregierung und erklären Bildung und Forschung zu prioritären Zielen staatlicher Förderung. In Zeiten knapper Kassen müsse man sich entscheiden. Im Übrigen decke die Eigenheimzulage bestenfalls 10 Prozent der Kosten ab; dafür würden bei deren Einsparung fast 600 Millionen Euro an Landesmitteln pro Jahr frei werden.

Nachfolge Erwin Teufel noch im Dezember

Es war absehbar: Erwin kann nicht loslassen. Nicht genug damit, dass er das Ansinnen von SPD und Grünen, schon im Dezember abzudanken und den neuen Ministerpräsidenten wählen zu lassen, brüsk ablehnt; nun kündigt er für die letzten Monate seiner Amtszeit noch eine Zukunftsoffensive an. Am Ende hilft dann nur noch Ironie: „Sie haben mich überzeugt, Sie müssen im Amt bleiben. Wir brauchen Sie.“ Mit diesem einen Satz bestritt Winfried Kretschmann seinen zweiten Redebeitrag. Vorher aber begründete er das ernste Anliegen der Opposition damit, dass nach der Mitgliederbefragung der CDU, der Anfang Dezember abgeschlossen sein wird, der amtierende Ministerpräsident mitsamt Kabinett eine Landesregierung auf Abruf sein wird – nicht mehr handlungsfähig; lähmend für die Landespolitik. Der Doppelhaushalt 2005/2006, dessen Beratung und Beschließung in Januar/Februar 2005 anstehe, müsse mit dem neuen Ministerpräsidenten behandelt werden. Das Land könne sich nicht noch mal ein halbes Jahr Stillstand leisten.

Grundsätzliche Wahlrechtsreform gefordert; Reförmchen gekriegt

Mehr als eine kleine Anpassung wäre sicherlich angebracht gewesen. Aber mit der CDU ist eine grundlegende Wahlrechtsreform einfach nicht zu machen. Immerhin haben wir uns mit der Forderung nach der längst fälligen Größenanpassung der Wahlkreise durchsetzen können. Aber eine Verringerung der Zahl der Wahlkreise, ein gerechteres Auszählverfahren oder gar ein Zweistimmwahlrecht kommt für die CDU nicht in Betracht. Fortsetzung folgt.

Und nutzt unsere ausführlichen Infos auf der Homepage: www.bawue.gruene-fraktion.de

**Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Karlsruhe
Sophienstr. 58**

76133 Karlsruhe

Gleichzeitig mit der Mitgliedschaft bei Bündnis90/DIE GRÜNEN besteht für unter 28- Jährige die Möglichkeit, kostenlos Mitglied bei der Grünen Jugend Baden -Württemberg zu werden.

Dazu bitte hier einfach ankreuzen: ()

Grüne Jugend Ba- Wü, Forststr. 93, 70176 Stuttgart
Fon: 0711/99359-75 www.gruenejugend.de



Aufnahmeantrag

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Partei Bündnis90/DIE GRÜNEN

Name, Vorname: _____

Straße, PLZ, Ort: _____

Telefon/Fax: _____

Email: _____

Geboren am: _____

Beruf: _____

Interesse an Arbeitskreisen, Themen, selber referieren über:

Bitte ankreuzen oder streichen

Mich kann man anrufen, wenn was zu helfen ist

Ich möchte den monatlichen Rundbrief als Mail, nicht in der Papierversion per Post

Monatsbeitrag: _____

Der monatliche Beitrag beträgt für Mitglieder 1% vom monatlichen Nettolohn, mindestens aber 4,50 €

Zahlweise: vierteljährlich

Ich versichere hiermit, in keiner anderen Partei Mitglied zu sein.

Datum _____ Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Der Kreisverband Karlsruhe von Bündnis90/Die Grünen wird ermächtigt, die Beiträge Quartalsweise von meinem Konto im Lastschriftverfahren einzuziehen.

Konto: _____ BLZ: _____

Bank: _____

Datum: _____ Unterschrift _____

GRÜNE KONTAKTE · GRÜNE KONTAKTE · GRÜNE KONTAKTE

LANDTAGSABGEORDNETE:

RENATE Rastätter, Lenzstraße 10, 76137 KA
Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 70 1
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

**GRÜNE REGIONALVERBANDSFRAKTION
MITTLERER OBERRHEIN:**

Klaus Stapf (*Sprecher*) · Tel. 40 32 35

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Dieter Emig und **Gabi Schiller**
Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6
Mo- Do 9 -13 Uhr und Fr 9 -12 Uhr
gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Dr. Gisela Splett (*Fraktionssprecherin*)
Stadtentw., Verwaltung u. Finanzen, Natur- u. Tierschutz
Breslauer Str. 43d · 76139 Karlsruhe
Tel.: dienstl. 92 63 11 4 · privat 96 87 18 6

Klaus Stapf (*stellvertretender Fraktionssprecher*)
Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt
Amthausstr. 22 · 76227 Karlsruhe
Tel.: dienstl. 40 94 -296 · privat 40 32 35

Dr. Hildegund Brandenburg (Bauen, Kultur)
Badenerstr. 21 76227 Karlsruhe Tel. 0721/42898

Bettina Lisbach (Gesundheit,
Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr)
Amthausstr. 33 76227 Karlsruhe Tel. 0721/9418457

Dr. Dorothea Polle-Holl (Frauen, Jugend, Soziales, Schule)
Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe Tel. 0721/574148

Andreas Ruthardt
(Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen)
Friedrichstr. 67 76229 Karlsruhe Tel. 0721/482038

Anne Segor (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)
Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 0721/883420

Tim Wirth (Bauen, Verkehr, Soziales)
Vorholzstr. 56 76137 Karlsruhe Tel. 0721/826570

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Dr. Hildegund Brandenburg
Badenerstr. 21 · 76227 Karlsruhe · Tel. 42 89 8
Winnie Kratzmeier-Fürst
Badenerstr. 43B 76227 Karlsruhe, Tel. 406838

Ralf Köster
Säckinger Str. 10 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 49 89
Dr. Heike Puzicha-Martz
Hildebrandstr. 31a · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 98

Dr. Ulrich Wagner
Lörracherstr. 4 76227 Karlsruhe, Tel. 401540

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger
Durlacher Str. 62 · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger
Im Jäger 19 76229 Karlsruhe Tel 554124

Alexandra Knöbl
Im Brühl 7 · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 30 54

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker
Fichtenweg 1 · 76149 Karlsruhe · Tel. 700406

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,
Anschriftenberichtigungskarte senden an:

GRÜNE Sophienstraße 58 · 76133 Karlsruhe

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Dr. Dorothea Polle-Holl
Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4
kv.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de
Sprechzeiten Di -Do 9-12 Uhr und Do 18 -20 Uhr

BANKVERBINDUNG:

Grüne Karlsruhe, Kto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Donnerstag 18 Uhr im Grünen Büro
Christian Brugger (Jugend, Soziales, Tierschutz, Wirtschaft)
Nancystr. 4 76187 Ka, Tel. 0177 – 23 45 475
Michael Borner (Kinder, Jugend, Gesundheit)
Brauwerstr. 45 · 76137 Karlsruhe · Tel./Fax 12 05 291
Johannes Honné (Kassierer) (Umwelt, Verkehr)
Vorholzstr. 52 · 76137 Karlsruhe · Tel. 85 6436
Dr. Hun-Jin Jung (Frauen, Migration, Gesundheit)
Kanalweg 48 76149 Karlsruhe · Tel. 7501489
Ulrike Maier (Frauen, Bildung, Arbeit, Wirtschaft)
Scheffelstr. 60 76135 Karlsruhe, Tel. 0170 - 27 64 68 0

AK FRAUEN:

über **Dorothea Polle-Holl** · Tel. 20 31 23 2

Grüne Jugend:

Christian Brugger (*Sprecher*)
sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

ORTSVEREIN DURLACH:

Dietmar Maier
Pfinztalstr. 85 · 76227 Karlsruhe · Tel. 94 14 96 1
Tanja Saini
Reichenbachstr.12 76227 Karlsruhe tanjasaini@web.de
Wolfgang Semmler
Bienenleinstorstr. 37 · 76227 Karlsruhe · Tel. 40 6252
Gerhard Stolz (*Kassierer*)
Eckhardstr. 21 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 4 3 23

ORTSVEREIN NEUREUT:

Klaus Junker
Fichtenweg 1 · 76149 Karlsruhe · Tel. 700406

ORTSVEREIN OST

OSTSTADT · RINTHEIM · HAGSFELD · WALDSTADT:
Sibylle Nies de Alva · Tel. 68 58 64

RÜPPURR · WEIHERFELD · DAMMERSTOCK:
Ulrike Waltz · Tel. 88 8318